Nr. 361 Abend-Ausgabe
B 178

Berlin

Montag, 2. August 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3900—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 696.

Poincaré beruft die Nationalversammlung

Zur Sicherung der Tilgungskasse

Höhere Stabilisierung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

1st **Paris**, 2. August

Poincaré ist ein unermüdlicher Arbeiter. Die Blätter melden, daß er die ganze Nacht, die der Annahme seiner Steuervorlage in der Kammer folgte, im Finanzministerium zugebracht hat, um die letzte Hand an den Gesetzentwurf zur Errichtung einer Amortisationskasse zu legen. Im Laufe des Sonntags hat dieser Gesetzentwurf seine endgültige Fassung erhalten und bereits heute morgen die Zustimmung des Ministerrats gefunden.

Um diese Kasse, die ausschließlich der Stützung der Pons der Nationalen Verteidigung und der kurzfristigen Schatzwechsel dienen soll, und der, wie in einem soeben ausgegebenen amtlichen Communiqué mitgeteilt wird, auch die Verwertung des zum gemischt-wirtschaftlichen Betriebe umzuwandelnden Tabak-Monopols angegliedert werden soll, mit den größtmöglichen Sicherheiten auszustatten, soll **ihr Statut in einem Verfassungsgesetz verankert werden, das der Verabschiedung durch die Nationalversammlung bedarf.** Für die Beratung der Vorlage in Kammer und Senat wird Poincaré, ebenso wie er es für die Steuergesetze getan hat, die Dringlichkeit verlangen und **im unmittelbaren Anschluß daran den Antrag zur Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles einbringen.**

Das ist einstweilen alles, was an authentischen Informationen über Poincarés Absichten und Pläne vorliegt. In der Presse und in den parlamentarischen Kreisen hat man inzwischen das aus den Krisen der letzten Wochen hinlänglich bekannte Spiel der Gerüchte und Indiskretionen, der Vermutungen und Hypothesen über das ängstlich gehütete Geheimnis der weiteren Absichten Poincarés wieder aufgenommen. Stündlich steigen neue Versuchsballons und ebenso prompt folgen ihnen Dementis und Berichtigungen.

Es ist in der Tat nicht leicht, aus diesem Gewirr widerspruchsvollster Darstellungen klug darüber zu werden, wo Poincaré eigentlich hinaus will. Dieser hat sich in der letzten Sitzung der Kammer mit größter Entschiedenheit gegen den ihm gemachten Vorwurf verwahrt, daß er überhaupt keinen Plan habe. Poincaré hat dies offenbar allzu wörtlich genommen. denn gerade einem so methodischen Politiker wie ihm wird im Ernst wohl niemand zugetraut haben, daß er planlos und ohne System an die Lösung der Aufgabe herangetreten sei. Was Poincaré aber wirklich vermissen ließ, und was er auch heute noch nicht zu haben scheint, ist ein Programm wirklich koordinierter und aufeinander abgestimmter Formeln, das allein den Erfolg zu verbürgen vermag.

Poincaré hat ein Ziel und eine große Idee. Das Ziel ist das gleiche, das alle seine Vorgänger verfolgt haben, nämlich die Stabilisierung der Währung; seine eigene Idee, in der er von den Finanzministern der letzten Kabinette abweicht, ist, daß diese Stabilisierung zu einem beträchtlich über dem heutigen Tiefstand des Franken befindlichen Kurse erfolgen soll.

Die Zahlen der Kammerabstimmung vom Sonnabend sind dahin berichtigt worden, daß die Finanzgesetze Poincarés mit 304 gegen 177 Stimmen angenommen worden sind. Die Mehrheit Poincarés ist also gewachsen. Die Minderheit setzt sich ausschließlich aus Deputierten der linken Gruppen zusammen. Außer 31 Radikalsozialisten, die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben, haben sich 32 der Stimme enthalten. 17 waren beurlaubt von 138 Mitgliedern, die die radikalsozialistische Gruppe zählt.

Ministerbesprechung über den Fall Kölling

Die Affäre des Magdeburger Untersuchungsrichters Kölling war heute vormittag wieder Gegenstand von Beratungen im preußischen Justizministerium. Dieses Mal nahm außer dem Justizminister Am Zehnhoff und Innenminister Severing auch Ministerpräsident Braun an den Besprechungen teil. Ueber die bei diesen Beratungen ebenso wie bei den Besprechungen mit dem Naumburger Oberlandesgerichtspräsidenten beschlossenen Richtlinien wird Stillschweigen beobachtet, doch weiß man, daß über die Auffassung der durch das Vorgehen Köllings geschaffenen Situation im preußischen Kabinett keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ebenso sind sich alle beteiligten Stellen einig darüber, daß die Oeffentlichkeit Entscheidungen erwartet, die dem unerträglichen Konfliktszustand innerhalb der Staatsbehörden ein Ende machen.

Toter Punkt in Magdeburg

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

hp **Magdeburg**, 2. August

Auch am heutigen Montag sind die Berliner Beamten, die sich ständig im Magdeburger Polizeipräsidium aufhalten, nicht in Tätigkeit getreten, da sie der Untersuchungsrichter auch heute nicht zu seinen Ermittlungen hinzugezogen hat. Ob der Untersuchungsrichter bereits eine Vernehmung des, wie schon gemeldet, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verhafteten Chauffeurs Reuter vorgenommen hat, ist nicht bekannt. Wenn eine solche Vernehmung tatsächlich vor sich gegangen ist, so erfolgte sie jedenfalls nicht in Anwesenheit der Berliner Kriminalkommissare. Aus alledem ergibt sich, daß die Ermittlungstätigkeit der Magdeburger Untersuchungsbehörde seit Freitag voriger Woche nun also vollkommen ruht. Der Polizeipräsident von Magdeburg, der Regierungspräsident und der Oberpräsident nehmen vorläufig eine abwartende Haltung ein.

Attentat auf Primo de Rivera

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 1. August

Die französische Agentur in Perpignan an der spanischen Grenze meldet ein Attentat, das bei dem Besuch des Diktators Primo de Rivera am Sonnabend in Barcelona verübt wurde. Die Meldung beruht auf Berichten von Reisenden. Danach wurde von einem spanischen Anarchisten gegen den im Automobil sitzenden Primo de Rivera ein Dolch geschleudert, der aber in das Wagenpolster hinter den Diktator fiel. Der Attentäter wurde von dem folgenden Automobil überfahren.

* **Madrid**, 2. August

Die Nachricht von dem Attentat, das auf Primo de Rivera bei seiner Abreise aus Barcelona am Sonnabend verübt wurde, ist in Madrid erst verspätet bekannt geworden. Die offiziöse Bekanntmachung sagt, daß Primo de Rivera den unbedeutenden Attentatsversuch der „Leidenschaftlichkeit einiger Exaltierter", nicht aber „dem Widerstand gegen die Diktatur" zuschreibe. Primo de Rivera ist in Madrid eingetroffen.

Die Erkrankung des spanischen Thronfolgers

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Barcelona**, 2. August

Die Meldungen der ausländischen Presse über eine Erkrankung des Kronprinzen bestätigen sich, wenn sie auch teils übertrieben sind. Der Prinzipe de Asturias (offizieller Titel der spanischen Thronfolger) war von jeher schwächlicher Konstitution, sein Hauptleiden Haemophilie, so daß auch in Hofkreisen nicht daran geglaubt wird, daß er zur Regierung kommt. Auch der zweite Sohn des Königs ist ständig in ärztlicher Behandlung; er ist taubstumm. Die übrigen vier Kinder — zwei Mädchen und zwei Knaben — scheinen gesund zu sein.

Der Jungtürkenprozeß

Von

Dr. Wilhelm Feldmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Stambul**, 27. Juli

Der mit Spannung erwartete Politikerprozeß von Angora, der eigentlich dem Smyrnaer Komplottprozeß unmittelbar folgen sollte, hat noch nicht begonnen. Er ist von Tag zu Tag verschoben worden. Gestern hieß es, die Verhandlung werde bestimmt am Donnerstag, 29. Juli, eröffnet. Nach den heutigen Meldungen ist der Prozeßbeginn frühestens für Sonnabend, vermutlich erst für Montag, zu erwarten.

Die Verzögerung wird halbamtlich dadurch erklärt, daß der Anklagevertreter des „Unabhängigkeitsgerichtes", der kemalistische Abgeordnete Nedjib Ali-Bei, wegen Erkrankung seiner Frau noch nicht nach Angora zurückkehren konnte. Aber diese Begründung leuchtet nicht ein, da ein vertretender Staatsanwalt vorhanden ist. Die Hinausschiebung des Prozeßbeginns hängt allem Anschein nach damit zusammen, daß man sich in den maßgebenden Kreisen von Angora noch nicht ganz klar darüber ist, welchen Charakter man dem bevorstehenden Jungtürkenprozeß geben will.

Diese Annahme wird bestätigt durch eine interessante Presse-Fehde zwischen zwei kemalistischen Abgeordneten, Junus Nadi-Bei, der als Vertrauter des Ministerpräsidenten Ismet-Pascha gilt, und Falih Rifki-Bei, einem der Intimen Gasii Mustafa Kemal-Paschas.

Junus Nadi, der auch in Deutschland bekannte Chefredakteur des Stambuler Morgenblattes „Djumhurijet" mit der französischen Ausgabe „La République", hat am 25. Juli in einem vielbeachteten Leitartikel Aufklärung darüber verlangt, was mit dem Jungtürkenprozeß von Angora eigentlich bezweckt wird. Er legte dar, das Publikum frage sich nach allerlei Veröffentlichungen über die Prozeßvorbereitung, ob es sich wirklich nur um die Feststellung etwaiger Mitschuld an dem Smyrnaer Mordanschlag gegen den Gasi handelt, oder ob die ganze Jungtürkenpolitik seit 1908 Gegenstand des Prozesses sein wird. Junus Nadi kam zu dem Schluß, daß nach seiner Ueberzeugung nur die Komplottaffäre zur Verhandlung stehen kann.

Dieser Auffassung ist Falih Rifki in der gestrigen Nummer der vom Gasi inspirierten Angoraer Morgenzeitung „Hakimijet-i-Millié" scharf entgegengetreten. Er behauptet, das Unabhängigkeitsgericht dürfe sich keineswegs darauf beschränken, die etwaige Mitschuld der Jungtürkenführer am Smyrnaer Attentatsplan festzustellen. Das Gericht müsse vielmehr die gesamte Politik der Jungtürken vor dem Lande enthüllen, damit das Volk erfahre, wie sehr die Jungtürken der Türkei geschadet haben.

Junus Nadi weist den Angriff Falih Rifkis heute mit überlegener Kühlheit zurück. Er beruft sich auf den Präsidenten des Unabhängigkeitsgerichtes, den kemalistischen Abgeordneten Oberst a. D. Ali-Bei, und auf seinen Besitzer „Rilidj" Ali-Bei (zu deutsch: Ali das Schwert), die ihm beide gestern nachmittag ausdrücklich bestätigt haben, das Gericht wolle nur die Frage der etwaigen Mitschuld am Komplott klären.

Dieser Meinungsstreit im kemalistischen Lager erscheint fast interessanter als der ganze Jungtürkenprozeß und verdient auf jeden Fall als Symptom innerpolitischer Fortentwicklung in der Türkei aufmerksame Beachtung. Es ist nicht das erstemal, daß Junus Nadi als Wortführer des gemäßigten Flügels der kemalistischen Volkspartei den fanatischen Extremisten von Angora entgegentritt. Die Extremisten haben deshalb schon vor Monaten versucht, den Einfluß Junus Nadis einzuzudämmen. Zu diesem Zweck wurde in Stambul das Morgenblatt „Milliétt", ein Ableger des Gasiorgans von Angora, gegründet. Und der französischen Zeitung Junus Nadis macht seit einigen Wochen das französische Kemalistenorgan „L'Echo de Turquie" erbitterte Konkurrenz.

Der Gasi hat sich persönlich für den Erfolg der von ihm inspirierten Zeitungen eingesetzt, indem er seine „Erinnerungen" durch Falih Rifki aufzeichnen und veröffentlichen ließ. Diese „Erinnerungen" verfolgten schon den gleichen Zweck, dem jetzt nach extremistischer Auffassung der Prozeß von Angora zu dienen hat. Sie sollten beweisen, daß Enver-Pascha und die Jungtürken alles Unglück der Türkei verschuldet haben, während der Gasi allein klar sah und warnte, ohne gehört zu werden. Eine gewisse Rolle spielte dabei die angebliche „Auslieferung der Türkei an Deutschland".

Wenn die hinter Falih Rifki stehende Kemalistengruppe recht behält, werden alle diese Dinge, die mit dem Komplott von Smyrna nichts zu tun haben, jetzt vor dem Unabhängigkeitsgericht zur Sprache kommen. Die Extremisten verlangen laut, daß alle einst jungtürkischen Mitglieder der Kemalistischen Volkspartei, darunter auch der in Deutschland weilende Landwirtschaftsminister Sabri-Bei, als Zeugen vorgeladen werden. Man muß sich fragen, welche Rolle bei solchem Verlauf die Richter spielen würden, die selbst zum Teil alte Mitglieder der Jungtürkenpartei sind.

0017